

Nein zum Spitalgesetz



Am 15. Mai



Das Universitätsspital, die Universitären Psychiatrischen Kliniken sowie das Felix Platter Spital sind für die Gesundheitsversorgung der Basler Bevölkerung von zentraler Bedeutung. Sie gehören dem Kanton – also uns allen – und beschäftigen zusammen über 6000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Sie sind heute ein Teil der öffentlichen Verwaltung, und es gilt für sie das Lohn- und Personalgesetz des Kantons.

Der Bund hat beschlossen, die Spitalfinanzierung durch die Einführung der so genannten Fallkostenpauschalen zu verändern. Das hat den Basler Regierungsrat dazu bewogen, mit dem neuen Spitalgesetz die Auslagerung unserer Spitäler und ihre Umwandlung in öffentlich-rechtliche Anstalten anzustreben.

Die bürgerliche Mehrheit im Grossen Rat hat die Vorlage des Regierungsrates zu Ungunsten der Arbeitnehmenden verschlechtert und eine massive Reduktion der demokratischen Mitsprache durchgeboxt. Darum hat sich ein breites Bündnis aus Parteien, Verbänden, Rentner- und Arbeitnehmerorganisationen gebildet, um das vom Grossen Rat beschlossene Spitalgesetz zu bekämpfen. So breit gefächert, wie das Bündnis ist, sind auch die Argumente gegen das Gesetz.

Personal hat das Nachsehen

Die bestehenden Lohn- und Anstellungsbedingungen des Kantons gelten für das Spitalpersonal nur bis 2015. Zwar sind auch danach öffentlich-rechtliche Verträge vorgesehen – aber mit privatrechtlichem Inhalt. Ein Etikettenschwindel. Die vage formulierten, sich am Markt orientierenden Anstellungsbedingungen für das Personal führen zu Verunsicherung.

Zu viele Risiken und Nebenwirkungen!

Spitzensaläre für Manager

Die Lohnschere in den öffentlichen Spitälern wird sich mit dieser Vorlage zwangsläufig öffnen. Während die Saläre der Manager und Kader der Spitäler nach oben nicht beschränkt werden, müssen viele Mitarbeitende mit zum Teil massiven Verschlechterungen rechnen.

Teilprivatisierungen

Die Vorlage ermöglicht Auslagerungen von Teilbereichen in grossem Stil. Neu wird es möglich sein, dass wegen des Kostendrucks viele Aufgaben an Privatfirmen mit Niedriglöhnen ausgelagert werden.

Demokratieabbau

Die Einflussnahme des Grossen Rates wird praktisch abgeschafft, er darf gerade noch die Rechnungen zur Kenntnis nehmen. Der Regierungsrat wird alleine den Verwaltungsrat wählen. Auch das Spitalpersonal erhält kein Mitspracherecht.

Too Big to Fail

Gerät aber eines der Spitäler finanziell in Notlage, wird der Kanton wohl oder übel die Defizite übernehmen müssen. Die öffentlichen Spitäler sind für die Region Basel zu wichtig, als dass man sie einfach fallen lassen könnte.

Patientinnen und Patienten sind keine Ware

Sie kommen in der aktuellen Debatte kaum mehr vor. Patienten werden zu Kunden, Gesundheit zum Produkt. Nicht das Wohlbefinden der Kranken steht im Vordergrund, sondern der Kampf um Wettbewerbsvorteile.

Schleichende Privatisierung

Etliche bürgerliche Exponenten im Grossen Rat haben klar signalisiert, dass sie eigentlich eine Spital AG anstreben. Die jetzige Vorlage ist ein erster Schritt in diese Richtung.

Diese Auslagerung birgt zu viele Risiken und Nebenwirkungen.

Stimmen Sie deshalb am 15. Mai 2011
NEIN zum neuen Spitalgesetz!



SILVIA SCHENKER

Nationalrätin

Mitglied nationalrätliche Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit

Nichts ist so wichtig wie die Gesundheit

Die neue Spitalfinanzierung wird die Spitallandschaft der Schweiz viel stärker beeinflussen als viele andere gesundheitspolitische Entscheide der letzten Jahre.

Die Patientinnen und Patienten haben mehr Wahlmöglichkeiten, wo sie sich behandeln lassen. Das hat eine stärkere Konkurrenz unter den Spitälern zur Folge. Gleichzeitig mit der freien Spitalwahl werden die Fallpauschalen eingeführt. Die Fallpauschalen sollen zu einer stärkeren Transparenz und Vergleichbarkeit der Gesundheitskosten beitragen. Mit der Vergleichbarkeit der Kosten verschärft sich zwangsläufig auch die Konkurrenz.

Mehr Konkurrenz unter den Spitälern bedeutet, dass die Spitäler sich um eine hohe Qualität ihrer Angebote bemühen, da sie in einen Wettbewerb um die Patientinnen und Patienten treten. Die Bevölkerung wird sich in den Spitälern behandeln lassen, in denen sie sich gut betreut weiss.

Die Spitäler tun also gut daran, eine optimale Versorgung anzubieten. Die Konkurrenz bedeutet eine grosse Herausforderung für das Personal. Der Druck wird zunehmen. Pflegepersonal, Ärztinnen und Ärzte sowie alle andern paramedizinischen Dienste werden gefordert sein.

Unser Spitalpersonal ist entscheidend!

Das Universitätsspital, die Universitären Psychiatrischen Kliniken und das Felix Platter Spital sind auf hochmotiviertes, belastbares und kompetentes Personal angewiesen. Aus diesem Grund ist es unverständlich, dass der Grosse Rat eine Vorlage verabschiedet hat, die für das betroffene Personal mit grosser Unsicherheit bezüglich der Anstellungsbedingungen verbunden ist. Angesichts des Mangels an Gesundheitspersonal muss alles daran gesetzt werden, eine Verschlechterung der Arbeitsbedingungen für das Personal zu vermeiden. Sonst nimmt die Zahl der Berufsaussteigerinnen und -aussteiger noch stärker zu.

Unsicherheit ist Gift für das Personal

Wir – potenzielle Patientinnen und Patienten – wollen eine qualitativ hochstehende Versorgung für den Fall, dass wir uns in einem unserer Spitäler behandeln lassen. Das Spitalpersonal hat das Recht auf unsere Solidarität und Unterstützung in der schwierigen Zeit des Umbruchs. Die Vorlage des Grossen Rates gehört mit einem klaren Nein an den Absender zurückgewiesen. So nicht!
Deshalb stimme ich Nein zum Spitalgesetz.

Graue Panther gegen Spital-Auslagerung

Der Vorstand der Grauen Panther hat die Unterstützung des Referendums gegen das Spitalgesetz beschlossen. Die vom Grossen Rat verabschiedete Fassung verstärkt die Verökonomisierung unserer öffentlichen Spitäler und ist nicht im Interesse der Bevölkerung. Mehr als die Hälfte aller Pflergetage in den Basler Spitalern betreffen Menschen über 60; auch deshalb fühlen sich die Grauen Panther verpflichtet, auf die gravierenden Folgen dieses Gesetzes hinzuweisen.



REMO GISIN
alt Nationalrat
und Co-Präsident
Graue Panther

Die vorgesehene Kompetenzverlagerung weg vom Grossen Rat und hin zu Verwaltungsräten entzieht einem der wichtigsten Teile des Service Public die demokratische Mitsprache weitgehend. Der Grosse Rat, in dem bisher auch die Interessen von Patientinnen und Patienten vertreten wurden, hätte in Zukunft nichts mehr zu sagen. Er dürfte laut Gesetzes-

text gerade noch die Jahresrechnung zur Kenntnis nehmen. Mit dem Verlust jeglicher Steuerungs- und Kontrollfunktion entfällt auch der parlamentarische Schutz für Personal und Kranke und liefert beide den Wettbewerbs- und Marktmechanismen aus. Die Bevölkerung hätte zu Auslagerungen ganzer Spitalteile an privatrechtliche, gewinnorientierte Unternehmen, aber auch zu örtlichen Verlegungen über die Kantonsgrenzen nichts mehr zu sagen.

«BVB, IWB oder Kantonalbank sind selbständige öffentlich-rechtliche Anstalten. Warum sollten unsere Spitäler nicht ebenso positioniert werden?» Die Antwort auf diese von Befürwortern der Vorlage oft gestellte Frage lautet: Es geht hier nicht um Verkehrsmittel, Energie oder Geldanlagen. Es geht um Gesundheit, unser wichtigstes Gut. Spitalleistungen betreffen Grundbedürfnisse und Grundrechte. Krankheiten werden nicht ausgesucht. Deswegen sind Patientinnen und Patienten auch nicht Kundinnen oder Konsumenten. Mit dem neuen Gesetz aber wird sich der Wettbewerb um Privatversicherte zum Nachteil der Grundversicherten verstärken. Gewinnstreben und Rentabilitätsdenken werden zum übergeordneten Führungsprinzip. Gesundheitspolitische Leitlinien zur qualitativen Sicherstellung der Patientenversorgung für alle sind im Spitalgesetz leider nicht zu finden.

Die Grauen Panther rufen die Bevölkerung zur Ablehnung des neuen Spitalgesetzes auf.

www.grauepanther.ch



ANNETTE SCHNEIDER, Pflegefachfrau, Co- Stationsleiterin

Marktmechanismen im Gesundheitswesen treiben die Kosten in die Höhe und gefährden die Qualität der Leistung. Im Zusammenhang mit den Fallpauschalen bergen diese Mechanismen erhebliche Gefahren für das Wohlergehen der Patientinnen und Patienten. Zum Service Public im Spitalbereich braucht es hochmotiviertes und kompetentes Personal und sicher nicht unsichere Anstellungs- und Vorsorgebedingungen und Auslagerungsmöglichkeiten von ganzen Teilbereichen. Deshalb sage ich Nein zum Spitalgesetz.



ROLF HÄRING, alt Grossrat, BastA!

Gesundheit ist keine Ware. Spitäler sind keine Warenhäuser. Sie sollen weiterhin staatlicher Planung, Bestimmung, Verantwortung und Kontrolle unterliegen.

Darum: Ausgliederung NEIN!

Keine Verschlechterung der heutigen Anstellungsbedingungen!

Die Fraktion der SP lehnt eine Auslagerung nicht grundsätzlich ab, der Service Public, gerade auch im Gesundheitsbereich, und die Bedingungen für die Angestellten dürfen aber nicht verschlechtert werden. In Bezug auf die Angestellten sprechen wir hier von über 6000 Arbeitnehmenden, die betroffen sind und die ein Recht darauf haben, auch weiterhin zu fairen Bedingungen angestellt zu sein. Neben einigen «Nebenschauplätzen», die die Wahl der Verwaltungsräte und die Personalvertretung in den Leitungsgremien der Spitäler betrafen, gab es drei zentrale Themen, für die sich die SP einsetzte und für die sie auch weiterhin kämpfen wird.

Dienstleistungen auslagern?

Die Auslagerung bestimmter Dienste und Dienstleistungen an private Anbieter muss unterbunden werden. Es darf nicht sein, dass Bereiche des Spitals, wie beispielsweise die Hotellerie oder die Reinigung, ausgelagert werden, dadurch MitarbeiterInnen entlassen oder zu schlechteren Bedingungen angestellt werden und sich möglicherweise die Qualität dieser wichtigen Bereiche verschlechtert. Ein Auslagerungsverbot, wie es auch vom Regierungsrat gefordert wird, fand leider keine Mehrheit. Auslagerungen dieser Bereiche sind gemäss dem neuen Spitalgesetz nun möglich, bedingen aber die Zustimmung des Regierungsrates.

Der Wolf im Schafspelz

Pièce de Résistance war und ist der §12, der die Anstellungsbedingungen regelt. Die beschlossenen Änderungen des Grossen Rates sind nicht befriedigend. Die öffentlich-rechtlichen Arbeitsbedingungen, die sich nicht am Personalgesetz des Kantons orientieren, sind eine zu vage, heimtückische Angelegenheit. Im Grunde können die Spitäler nach der Übergangszeit die Verträge so ausgestalten, wie sie möchten, lediglich der Beschwerdeweg ändert sich.

Es handelt sich also um einen Wolf im Schafspelz, den die Bürgerlichen nun im Gesetz unterbringen konnten. Das Personalgesetz des Kantons ist ein faires Gesetz, dem die Mitarbeitenden bis anhin unterstellt waren und dies auch in Zukunft sein sollen.

Pensionskasse beim Kanton BS bietet Sicherheit für alle

Es ist zwingend, dass die Mitarbeitenden der Spitäler auch weiterhin bei der kantonalen Pensionskasse versichert sein müssen. Dies ist wichtig für das Personal der Spitäler, aber auch für die restlichen PK-Versicherten. Die PK BS bietet faire Lösungen für ihre Versicherten, der Austritt einer solch grossen Gruppierung mit einer ganz anderen Risikostruktur als die der verbleibenden Versicherten wäre für die Pensionskasse BS und die Spitalangestellten fatal. Insgesamt liegt die Kernfrage nicht bei der Auslagerung an sich, sondern lautet, wie und wieweit diese gehen soll. Die Fraktion der SP hat im Vorfeld und während der Debatte versucht, Kompromisse zu finden, um die Vorlage zugunsten des Service Public und der Angestellten auszugestalten. Angesichts der massiven Änderungen des §12 und des Drangs nach Privatisierung der Bürgerlichen gibt es nur eine Antwort: **NEIN zum neuen Spitalgesetz.**



SALOME HOFER
Grossrätin SP
Mitglied
der Gesundheits-
und Sozialkommission

www.sp-bs.ch



LINDA STIBLER

Die Gesundheitsversorgung ist und bleibt eine öffentliche Aufgabe, weil alle, die krank sind, existenziell – egal ob arm ob reich – darauf angewiesen sind. Folglich müssen die grossen Gesundheitszentren wie Gemeinde- oder Kantonsspitäler in öffentlicher Hand bleiben und unter demokratischer Kontrolle verwaltet werden, denn nur so ist ein gerechter Zugang für alle einigermassen gewährleistet. Deshalb stimme ich Nein zum Spitalgesetz.



DR. PHILIPPE PIERRE MACHEREL, Grossrat SP

Alle Mitarbeiter der kantonalen Spitäler setzen sich engagiert für unsere Gesundheit ein. Sie haben es verdient, dass sie sich auch in Zukunft auf gute Lohn- und Anstellungsbedingungen verlassen können. Mit dem Spitalgesetz, wie es vom Grossen Rat verabschiedet wurde, ist dies nicht gewährleistet. Es muss zur Verbesserung an den Absender zurückgeschickt werden. Darum am 15. Mai NEIN zu diesem Gesetz.

Gegen das Diktat der Ökonomie im Spital



AMON NÄF, Pflegefachmann HF

Drei gute Gründe für ein Nein zur Auslagerung:

- als Steuerzahler: weil mein Geld nicht für hochbezahlte Verwaltungsräte verwendet werden soll,
- als Stimmbürger: weil der demokratische Einfluss per Gesetz ausgehebelt wird,
- als Pfleger: weil eine weitere Ökonomisierung des Gesundheitswesens die Pflegequalität massiv senken wird, sage ich am 15. Mai mit Überzeugung Nein – so nicht!



EDIBE GÖLGELI, Betriebsökonomin,
Präsidentin der Schweizerisch-Kurdischen Gemeinschaft SKG

Gesundheit ist ein kostbares Gut. Als potenzielle Patientin wünsche ich mir, dass im Spital meine Gesundheit im Zentrum steht und nicht Wettbewerb und Marktstrategien. Deshalb stimme ich Nein zum Spitalgesetz.



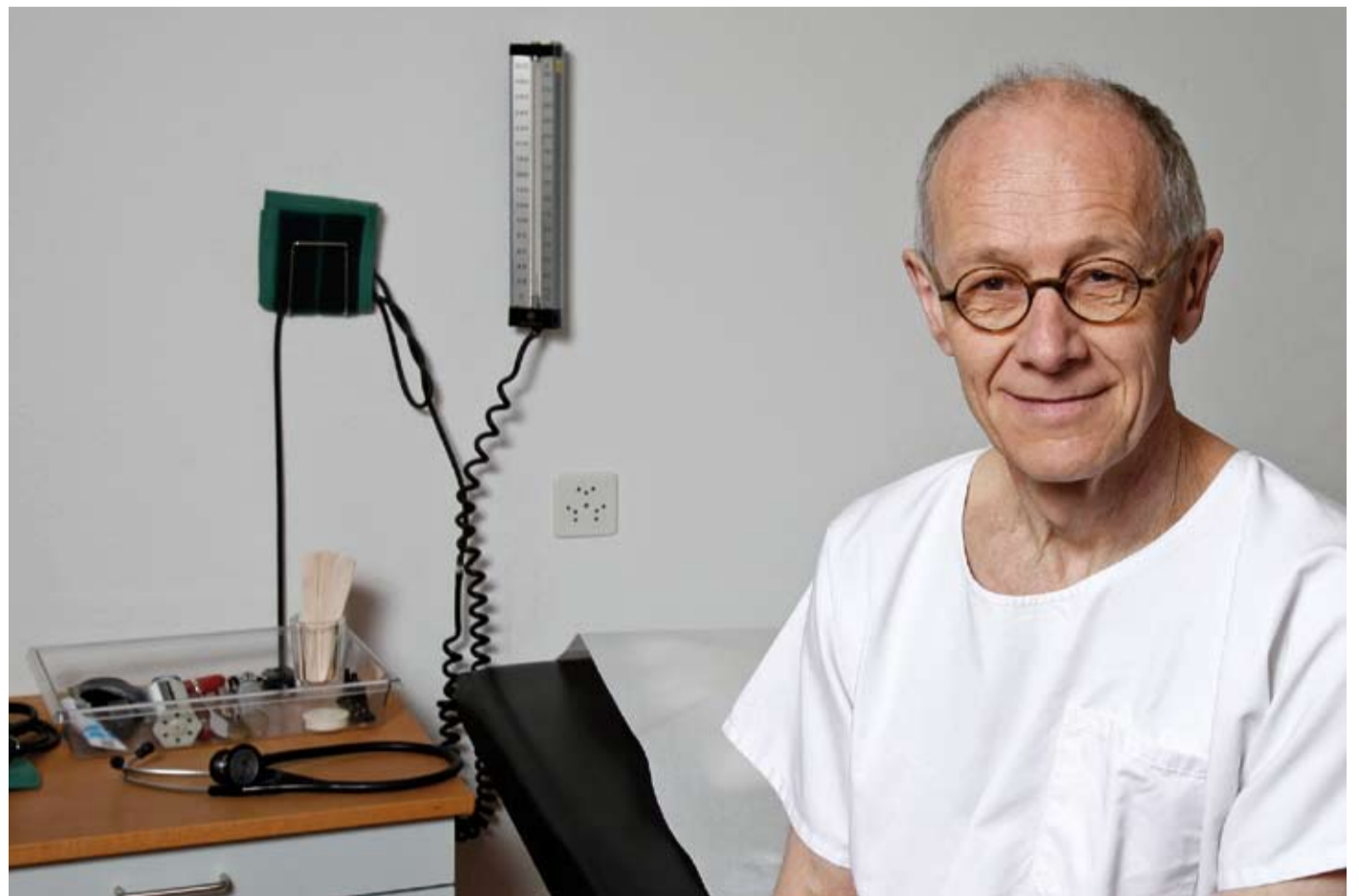
FRANCA MADER, junges grünes bündnis, BastA!

Ich sehe keinen vernünftigen Grund, die öffentlichen Spitäler nach der Logik des Marktes umzugestalten. Mit der Auslagerung wird die bereits heute spürbare Tendenz zur Zweiklassenmedizin und zur Ökonomisierung des Gesundheitswesens verstärkt. Ich will aber nicht, dass Gesundheit zur Ware wird, die möglichst effizient vermarktet werden soll. Der Kampf der Spitäler um Wettbewerbsvorteile bringt keine bessere Versorgung der Patientinnen und Patienten. Im Gegenteil. Deshalb stimme ich Nein zum Spitalgesetz.



LUKAS WISS, Werkstudent und Vizepräsident der Juso BS

«Das neue Spitalgesetz ist unausgewogen. Es weicht die Löhne und Arbeitsbedingungen der Spitalangestellten auf, ermöglicht Lohndumping unten und die Bildung einer privilegierten Managerkaste oben. Ärzte und Pflegepersonal erhalten kein Mitspracherecht, die Macht der Bürokratie wird vergrössert. Eine schlechende Privatisierung unserer Spitäler muss verhindert werden. Darum sage ich NEIN zum neuen Spitalgesetz.»



DANIEL GELZER, Hausarzt, SGSG/Soziale Medizin

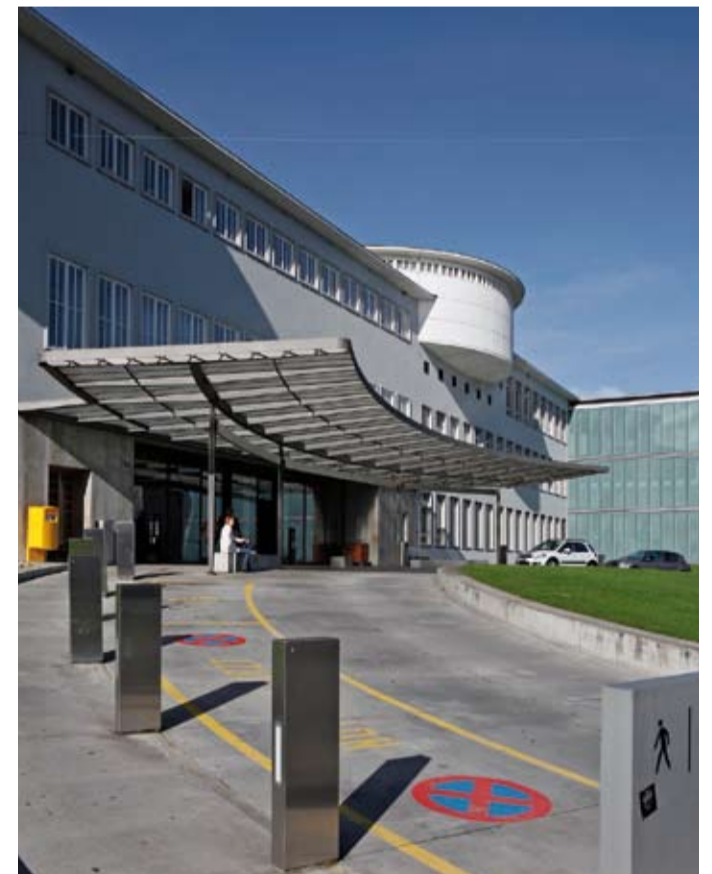
In den letzten 15 – 20 Jahren hat die Ökonomisierungswelle zunehmend auch das Gesundheitswesen erfasst. Ökonomische Überlegungen spielen eine immer wichtigere Rolle und beeinflussen therapeutische, pflegerische sowie die Betreuung betreffende Entscheide spürbar. Der in den Leitbildern der meisten Spitäler oder therapeutischen Institutionen als Grundlage dienende Anspruch an ganzheitliche Betreuung wird damit zunehmend an den Rand gedrängt. Als Hausarzt bin ich öfters mit Patientinnen und Patienten konfrontiert, die komplexe, durch soziale und psychische Probleme überlagerte Krankheitsbilder aufweisen. Diese Menschen werden Mühe haben, in ein Spital aufgenommen zu werden. Ihre Komplexität wird durch keine Fallkostenpauschale genügend abgegolten, sie sind «uninteressant» und verursachen nur Kosten. Sie werden von einer Institution zur anderen verschoben, ihre Behandlung bleibt unbefriedigend. Eine Auslagerung der staatlichen Spitäler birgt die Gefahr, einer solchen Entwicklung Vorschub zu leisten. Ich bin aber entschieden der Ansicht, dass alle das gleiche Recht auf eine qualitativ hoch stehende Behandlung haben sollen. Deshalb stimme ich NEIN zum Spitalgesetz.

www.sozialemedizin.ch

Falsche Gleichzeitigkeit



KATHARINA SANDMEIER, Dipl. Pflegefachfrau HF, Universitätsspital Basel



UNIVERSITÄTSSPITAL BASEL

Im Jahr 2012 werden die Fallkostenpauschalen, die so genannten DRGs, eingeführt. Der Bund gibt den Fahrplan für diese tiefgreifende Veränderung in der Spitalfinanzierung vor. Noch weiss niemand, wie sich die Umverteilung der Kosten wirklich auf die Spitäler, die Krankenkassen, die Kantonsfinanzen und die PatientInnenportemonnaies auswirken wird. Genauso ungewiss sind die konkreten Auswirkungen auf die Qualität der medizinisch-pflegerischen Grundversorgung unserer Bevölkerung.

Dass nun gleichzeitig ohne zwingenden Grund in Erwägung gezogen wird, die Spitäler einer zweiten einschneidenden organisatorischen Veränderung, der Auslagerung, zu unterwerfen, finde ich falsch. Wie soll unter diesen Umständen jemals klar überprüft werden können, welche Massnahmen zu welchen (Neben-)Wirkungen geführt haben? Ist vielleicht gerade dies die Absicht? Deshalb stimme ich NEIN zum Spitalgesetz.

Zu viele Risiken und Nebenwirkungen!

Deshalb stimmen wir
am 15. Mai
NEIN zum Spitalgesetz

Arslan Sibel, Grossrätin Basta!
Mustafa Atici, Grossrat SP
Dr. med. Rudolf Balmer
Erika Bantle und Ruedi Bantle, Neue PdA
Sibylle Benz, Grossrätin SP
Maria Berger-Coenen, Grossrätin SP
Patrizia Bernasconi, Grossrätin Basta!
Prof. Dr. Daniel Bernoulli
Wolfram Besch, Arzt
Julia Besch, Psychotherapeutin
Andrea Bollinger, Grossrätin SP
Martin Brunner, Fachpsychologe für Kinder- und Jugendpsychiatrie
Fitzgerald Crain
Dr. med. Joël Cuénod
Tim Cuénod, Vorstand SP/JUSO
Matthias Curschellas, Mitgl. Personalkommission Spitex Basel
Benjamin Degen, alt Grossrat PdA
Margrith von Felten, alt-Nationalrätin
Franz Fischer, Neue PdA, Unia
Dr. med. Peter Flubacher
Martin Flückiger, Parteisekretär Basta!
Daniel Gelzer, Hausarzt, SGSG / Soziale Medizin
Dr. Brigitta Gerber, Grossrätin Basta!, NR-Kandidatin Grünes Bündnis
Dr. med. Christine Glauser, FMH Psychiatrie und Psychotherapie
Erwin Göldi
Matthias Goldschmidt, Sprachlehrer
Kurt Grosskopf
Remo Gysin, Co-Präsident Graue Panther, alt Nationalrat
Doris Gysin, Grossrätin SP
Rolf Häring, alt Grossrat, Basta!
Dr. med. Mariann Hinden, Ärztin
Regula Hofer, Geschäftsleiterin Spitex, Ökonomin FH
Hansjörg Hofer, alt Grossrat PdA
Salome Hofer, Grossrätin SP
Brigitte Hollinger, alt Grossrätin SP
Helmut Hubacher, ehem. Parteipräsident SP Schweiz
Beat Jans, Grossrat, Nationalrat SP
Ernst Jost, Jurist
Barbara Kehl-Zimmermann
Christine Keller, Grossrätin SP
Dominique König, Grossrätin SP
José Luis Loureiro Bello, Spitalangestellter
Martin Lüchinger, Grossrat, Präsident SP
Stephan Luethi, Grossrat SP
Katharina Lutz, Fachärztin Psychiatrie und Psychotherapie
Philippe Macherel, Grossrat SP
Angelika Mart
Reto Maurer
Ursula Metzger Junco, Grossrätin SP
Jürg Meyer, Grossrat SP, pensionierter Journalist
Marianne Meyer Lorenceau, Gewerkschaftssekretärin, Historikerin
Heidi Mück, Grossrätin Basta!, vpod-Regionalsekretärin
Urs Müller-Walz, Grossrat Basta!, Präsident vpod
Amon Näf, Pflegefachmann HF
Susanne Nese, vpod-Regionalsekretärin
Guido Nussbaum, Neue PdA, Kunstmaler
Dr. med. Sylvia Peters-Cuénod
Annemarie Pfister, Buchhändlerin
Pascal Pfister, Vizepräsident SP BS
Christine Planta, Ärztin
Regina Rahmen, Syndicom Region Basel, NR-Kandidatin SP
Katharina Sandmeier, Pflegefachfrau HF
Martina Saner, Grossrätin SP
Hans Schäppi, Solifonds, Basta!
Silvia Schenker, Nationalrätin SP
Matthias Scheurer, Gewerkschaftssekretär
Rita Schiavi, Mitglied Geschäftsleitung Unia
Franzi Schiff, Allgemeinpraktikerin
Greta Schindler, Grossrätin SP
Lisa Schläpfer Göldi
Margrit Schneider
Adrian Schriel, Regisseur
Dr. med. Maya Schuppli-Delphy, Psychotherapeutin
Dr. med. Alex Schwank, SGSG / Soziale Medizin
Tanja Soland, Grossrätin, Fraktionspräsidentin SP
Hans Sommer, Pflegefachmann und dipl. Masseur
Ruedi Spöndlin, Redaktor Soziale Medizin
Hans Stalder, Pflegefachmann HF, Psychiatrie
Louise Stebler, AVIVO, Altersorganisation
Linda Stibler
Jörg Vitteli, Grossrat SP
Dr. med. Antoinette Voellmy
Dr. Ruth Waldvogel, Psychotherapeutin
Monika Waser, Buchhändlerin
Ruth Widmer, Grossrätin SP
Michael Wüthrich, Grossrat Grüne
Sarah Wyss, Präsidentin Juso Basel-Stadt
Kathrin Zahn, Gesundheitsschwester



Nein

zum Spitalgesetz

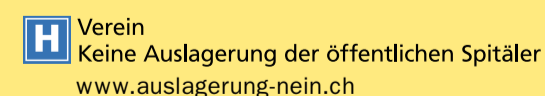
Organisationen und Parteien



Sozialdemokratische Partei
Basel-Stadt



Die Gewerkschaft.
Le Syndicat.
Sindacato.



Gesellschaft für ein soziales
Gesundheitswesen / SGSG

